

# GEW: „Planlos und im Schneckentempo“

## Bildungsgewerkschaft zum Schattenbericht Inklusion der BRK-Allianz

*Mitteilung: GEW Hauptvorstand*

Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Länder aufgefordert, das Thema Inklusion endlich mit der nötigen Konsequenz zu betreiben und die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen. „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention läuft teilweise planlos und im Schneckentempo“, sagte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer zum heute veröffentlichten „Schattenbericht“ einer Allianz deutscher Nichtregierungsorganisationen zur UN-Behindertenrechtskonvention („BRK-Allianz“). Vor allem die Kritik des Schattenberichts am Schulbereich sei für die politisch Verantwortlichen massiv und beschämend. Die Entwicklung in den Bundesländern gehe nur sehr schleppend voran und werde teilweise sogar hintertrieben. „Die Bundesländer müssen endlich verbindliche Pläne vorlegen, wie die sonderpädagogische Förderung aus den Sonderschulen ins Regelschulwesen überführt werden und eine hochwertige Förderung der Schüler in den Regelschulen zu gewährleisten ist. Deutschland darf sich der teilweisen Missachtung des Menschenrechts auf Inklusion nicht länger schuldig machen“, mahnte Demmer.

In ihrem Bericht attestiert die BRK-Allianz der Kultusministerkonferenz (KMK), dass sie den Handlungsbedarf ignoriere. Die KMK weise etwa den Rechtsanspruch von Kindern auf gemeinsames Lernen ab, stelle das Sonderschulsystem nicht in Frage und nehme das Thema Rahmenbedingungen nicht ernst genug. „Anstatt mit den anderen Schülern gemeinsam zu lernen, geht immer noch der allergrößte Teil der Kinder mit Behinderungen in eine Sonderschule, in der diese kaum Chancen auf einen Abschluss haben“, betonte Demmer. Die Regelschulen wiederum würden kaum auf Mädchen und Jungen mit Behinderungen vorbereitet. Sie seien zudem personell zu schwach besetzt und selten barrierefrei.

Laut BRK-Bericht „Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit, Inklusion!“ liegt die „Integrationsquote“, der Anteil der Kinder mit Behinderungen, die Regelschulen besuchen, in den Bundesländern zwischen sechs und 40 Prozent. „Da könnte sich Niedersachsen eine Scheibe von Schleswig-Holstein abschneiden. Insgesamt jedoch sollte sich das deutsche Bildungswesen an anderen Staaten orientieren, in denen 60 bis 90 Prozent der Kinder mit Behinderungen in eine Schule in ihrer Nachbarschaft gehen“, hob Demmer hervor.

„Inklusion ist ein Menschenrecht. Von dieser Erkenntnis sind wir in der Bundesrepublik noch weit entfernt“, sagte die GEW-Schulexpertin. Zudem werde die Debatte in Deutschland verkürzt geführt. „Inklusion ist das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen - unabhängig von individuellen Fähigkeiten, kultureller Prägung, sozialem oder Migrationshintergrund. Wir brauchen eine Schule, die alle mitnimmt und niemanden zurück lässt“, sagte Demmer.

**Info:** BRK-Allianz: Allianz der deutschen Nichtregierungsorganisationen zur UN- Behindertenrechtskonvention.

In der BRK-Allianz haben sich im vergangenen Jahr 78 Organisationen, darunter die GEW, zusammengeschlossen. Der 80-seitige Bericht der BRK-Allianz ist zu finden unter: <http://www.brk-allianz.de/>

*Pressemitteilung v. 20.3.2013  
GEW-Hauptvorstand  
Ulf Rödde  
Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt am Main  
[www.gew.de](http://www.gew.de)*